

Sabine Bätzing-Lichtenthäler

## Gerechtigkeit – auch zwischen den Generationen

*Der Begriff Generationengerechtigkeit ist momentan in aller Munde. Doch was verbirgt sich eigentlich genau dahinter? Und wie lässt sie sich erreichen?*

**G**enerationengerechtigkeit, was ist das? Dazu habe ich mich bei Bekannten, Kollegen und Bürgern umgehört. Meine nicht repräsentativen Umfragen haben zu sehr unterschiedlichen Antworten geführt. Die meisten Übereinstimmungen gab es bei der Aussage »Generationengerechtigkeit heißt, Verantwortung für nachfolgende Generationen zu übernehmen.« Das sehe ich genauso. Generationengerechtigkeit erfordert, Gestaltungsspielräume zu erhalten und heutige Wünsche und Bedürfnisse mit denen abzuwägen, die die Zukunftsgesellschaft voraussichtlich haben wird. Ich gebe zu, dass diese Perspektive für uns aktive Politiker nicht einfach ist. Mit Blick auf den nächsten Wahltermin bekommen tendenziell die Interessen der aktuellen Wahlberechtigten eine höhere Aufmerksamkeit und langfristige Zukunftsperspektiven werden eher vernachlässigt. Das birgt erhebliche Gefahren. Heutige Versäumnisse in der Umwelt- und Energiepolitik wirken weit in die Zukunft und sind später nicht mehr oder nur noch mit sehr hohem Aufwand zu korrigieren. Ausufernde Verschuldung heute führt zu leeren Staatskassen morgen. Die wiederum bedingen Steuererhöhungen, Arbeitslosigkeit und Kürzungen von Sozialleistungen, was aktuell in den europäischen Krisenstaaten zu beobachten ist.

Die zweitmeisten Übereinstimmungen zu meiner kleinen Privatumfrage gab es bei der Antwort »Generationengerechtigkeit heißt, Solidarität zwischen den Generationen zu erreichen.« Auch dieser Begriffsauslegung stimme ich zu. Ich sehe, dass das Miteinander der Generationen in Familien im Alltag in vielen Fällen bestens funktioniert. Großeltern, Eltern und Kin-



**Sabine Bätzing-Lichtenthäler**

(\* 1975) MdB, ist Sprecherin der AG Miteinander der Generationen im demografischen Wandel und Mitglied im Finanz- und Sportausschuss.

sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

der sind überwiegend solidarisch miteinander verbunden. In den Familien eröffneten Großeltern Sparkonten für noch nicht geborene Enkelkinder, sorgen Jugendliche dafür, dass Oma und Opa up-to-date bleiben und verbiegen sich Eltern, um ihren Kids maximale Teilhabe zu ermöglichen. Aufgabe von Politik ist es, Solidarität für die wachsende Zahl der Menschen zu organisieren, die aus den unterschiedlichsten Gründen nicht in ein tragfähiges soziales Netzwerk eingebunden sind. Eine generationengerechte Politik muss dafür sorgen, dass alle mitgenommen und niemand zurückgelassen wird.

Ich habe mich immer dafür eingesetzt, Generationengerechtigkeit als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Aber auch ohne diese gesetzliche Verankerung sehe ich erfreuliche Entwicklungen. Langfristige Politikperspektiven gewinnen an Bedeutung. Die aktuellen Debatten zum Atomausstieg und zur Energiewende weisen in die richtige Richtung. Das gilt auch für den in den letzten Monaten deutlich intensiver geführten Diskurs zum Demografischen Wandel.

In der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren wir die Herausforderungen und Chancen des Demografischen Wandels häufig unter der Überschrift »Miteinander der Generationen«. Wir entwickeln langfristige Politikansätze, die die Bedürfnisse

von kommenden Generationen berücksichtigen und das Miteinander der heute lebenden Generationen fördern. Viele Kommunen haben bereits seit langem erkannt, dass Lebensqualität und gesellschaftlicher Zusammenhalt im Demografischen Wandel nur mit der Perspektive von langfristiger gemeinsamer Verantwortung geschaffen und erhalten werden können. Die Verantwortlichen vor Ort berichten uns von wunderbaren Beispielen aus der Praxis: Etwa von den 14-jährigen Mädchen Anne und Helen, die wöchentlich im Altersheim gemeinsam mit den älteren Menschen singen. Und die danach sagen: »Das bereichert unser Leben, hier werden unsere Alltagsprobleme plötzlich ganz unbedeutend und wir erfahren, was wirkliche Probleme sind.« Sie berichten von einer 87-jährigen Bewohnerin, die über das ganze Gesicht strahlt und sagt: »Ihr jungen Leute schafft es, dass wir uns so fühlen, als würden wir mitten im Leben stehen.«

Sie erzählen von Hans (75) und Regina (78), die als Integrationspaten indischen Studenten unter die Arme greifen. Voller Stolz sagen sie: »Internationale Netzwerke haben nicht nur Wirtschaftsunternehmen, sondern die haben wir auch. Wir sind eine große Familie, die auch nach der Studienzzeit in Kontakt bleibt.«

### **Es funktioniert nur miteinander**

In der Arbeitsgruppe »Miteinander der Generationen im Demografischen Wandel« legen wir einen Schwerpunkt auf die Chancen, die sich durch die demografischen Trends ergeben: Beispielsweise für bessere Berufsperspektiven für die junge Generation und für Impulse für unsere Demokratie vor Ort. Generationengerechtigkeit erfordert eine nachhaltige Politik, die auf allen Ebenen ansetzt und alle Fachrichtungen gleichzeitig in den Blick nimmt. Aus meiner Sicht sind folgende Aspekte besonders wichtig:

*Wir müssen dafür sorgen, dass es in unserem Land sozial gerecht zugeht:* Das Statistische Bundesamt meldet im Oktober 2012, für 15,8 % der Menschen in unserem Land bestehe ein hohes Armutsrisiko. Andererseits geht aus dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht hervor, dass der Reichtum in unserem Land trotz europäischer Schuldenkrise wächst. Der wachsende Abstand zwischen Reich und Arm gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir müssen unser Steuersystem deshalb so umgestalten, dass es reichere Menschen angemessen an den Kosten unseres Sozialstaats beteiligt. Für Ärmere müssen wir ein engmaschiges soziales Sicherungsnetz knüpfen, das Hilfebedürftige auffängt und sie befähigt, schnell wieder auf die Beine zu kommen. Wir brauchen mehr Vorsorge und weniger Nachsorge. Das ist im Übrigen langfristig betrachtet kostengünstiger und damit auch generationengerechter.

*Wir müssen Kommunen stark machen:* Leere Kassen in den Kommunen gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort. Nur starke Kommunen können dafür sorgen, dass das Leben vor Ort unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten gelingt. Sie organisieren und finanzieren Kitas, Ganztagschulen, Familienzentren, vernetztes Wohnen und Anlaufstellen für Ehrenamtliche. Kommunen leisten 60 % aller Infrastrukturinvestitionen. Europa, Bund und Länder müssen die Kommunen nach Kräften unterstützen. Dabei ist eine verlässliche und ausreichende finanzielle Basisausstattung wichtiger als ein häufig gut gemeinter aber im Ergebnis schlecht gemachter Projektförderungsdschungel. Der heute noch vorherrschende Wettbewerbsföderalismus muss in einen solidarischen Föderalismus umgewandelt werden.

*Wir brauchen mehr Bildungschancen:* Entweder schaffen wir es, die Zukunft für die Kinder und Jugendlichen zu gestalten oder wir verspielen sie. Bildung ist der

Schlüssel für Zukunftschancen, gelingende Integration und beste Armutsprävention. Deshalb sind Bund und Länder bei der Finanzierung des Ausbaus von Kitas und Ganztagschulen auch in der Mitverantwortung. Bildungsinvestitionen sind ein Paradebeispiel für Generationengerechtigkeit. Sie sorgen langfristig für mehr Bildungsgewinnerinnen und -gewinner und damit für mehr erfüllte Berufswünsche. Das wiederum bringt künftig höhere Steuereinnahmen, höhere Einnahmen für die sozialen Sicherungssysteme, weniger Sozialausgaben für Hilfebedürftige und damit größere Gestaltungsspielräume für zukünftige Generationen.

*Wir müssen für Lohngerechtigkeit und gute Arbeitsbedingungen sorgen:* Immer mehr sozialversicherte Arbeitsplätze werden durch unsichere Jobs ersetzt. Deutlich zu viele Unternehmen speisen ihre Beschäftigten mit Niedriglöhnen ab. Das gefährdet die Existenzgrundlage der Menschen und damit die Teilhabechancen der Betroffenen. Deshalb brauchen wir faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Ich wünsche mir eine höhere Wertschätzung für die Arbeit nah am Menschen, z.B. in den Erziehungs- und Pflegeberufen.

*Wir brauchen eine konsequente Politik für die Gleichstellung von Frauen und Männern:* Erforderlich ist ein Politikmix, der als Ziel den Rollenwechsel »von der Zuverdienerin zur Verdiennerin und vom Hauptnährer zum Partner auf Augenhöhe« hat. Partnerschaftliche Lebensmodelle sind wirtschaftliche Erfolgsmodelle und führen darüber hinaus zu mehr erfüllten Kinderwünschen. Das zeigt ein Blick in die skandinavischen Staaten. Wir dürfen es uns in Zeiten von Fachkräftemangel nicht länger leisten, Elternteile vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Allerdings müssen die Arbeitsbedingungen stimmen. Neben der Arbeitszeit müssen Zeiten für Familie und Ehrenamt unter einen Hut gebracht werden. Das gilt gleichermaßen für Frauen und Männer. Nur im Beruf ver-

netzte Männer unterschätzen häufig die Bedeutung von Kompetenzen, die bei Familienarbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement erworben werden können. Die sogenannten *soft skills* entscheiden bereits heute über berufliches Fortkommen. Sie schützen im Übrigen auch vor Vereinsamung im Alter. Wer bereits heute soziale Kontakte außerhalb des Berufs pflegt, ist darin geübt, und wird auch als Rentner seltener vereinsamen. Frauen hätten mit Sicherheit kein höheres Armutsrisiko im Alter, wenn sie nicht systematisch behindert würden. Es wird allerhöchste Zeit, die immer noch bestehenden Hindernisse endlich wegzuräumen. Stichworte dafür sind: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, mehr Aufstiegschancen durch Frauenquoten und Reform des Ehegattensplittings.

### **Sozial gerecht und nachhaltig**

Die aktuelle schwarz-gelbe Regierungspolitik kann man als Beispiel dafür nehmen, wie man es nicht machen sollte. Durch sinnlose Steuergeschenke für Hoteliers wurde der Abstand zwischen Reich und Arm sogar noch vergrößert. Kommunen werden durch wahlkampfmotivierte Steuersenkungen auf Pump finanziell schlechter gestellt. Mit dem Betreuungsgeld will Schwarz-Gelb den Zugang zu frühen Bildungschancen behindern. Ein gesetzlicher Mindestlohn, der Niedriglöhne verhindern würde, wird abgelehnt. Zudem findet Gleichstellungspolitik faktisch nicht statt.

Eine generationengerechte Politik sieht meines Erachtens anders aus. Sie muss sozial gerecht und nachhaltig sein und zu einem gelingenden Miteinander beitragen. Dem Miteinander von Jung und Alt, von Reich und Arm, von Nachbarn, von Akteuren vor Ort, von Fachpolitiken und dem Miteinander von Europa, Bund Ländern und Kommunen. ■